

No. 37447

**Germany
and
Turkmenistan**

Treaty between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of Turkmeuistan concerning the encouragement and reciprocal protection of investments (with protocol). Bonn, 28 August 1997

Entry into force: *28 April 2000, in accordance with article 14*

Authentic texts: *German, Russian and Turkmenian*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 1 May 2001*

**Allemagne
et
Turkménistan**

Traité entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement dn Turkménistan relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle des investissements (avec protocole). Bonn, 28 août 1997

Entrée en vigueur : *28 avril 2000, conformément à l'article 14*

Textes authentiques : *allemand, russe et turkmène*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 1er mai 2001*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

Vertrag
zwischen
der Bundesrepublik Deutschland
und
Turkmenistan
über
die Förderung und den gegenseitigen Schutz von
Kapitalanlagen

Die Bundesrepublik Deutschland
und
Turkmenistan,

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Vertragsstaaten zu vertiefen,
in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats zu schaffen,
in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren -

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

- 1 umfaßt der Begriff "Kapitalanlagen" Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;

e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

2. bezeichnet der Begriff "Erträge" diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;

3. bezeichnet der Begriff "Staatsangehörige"

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

b) in bezug auf Turkmenistan:

natürliche Personen, die Staatsangehörige Turkmenistans gemäß dem geltenden Gesetz über die Staatsbürgerschaft Turkmenistans sind;

4. bezeichnet der Begriff "Gesellschaften"

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,

b) in bezug auf Turkmenistan:

jede juristische Person oder Genossenschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit Rechtspersönlichkeit, die gemäß den Rechtsvorschriften Turkmenistans gegründet worden ist und in seinem Hoheitsgebiet ihren Sitz hat;

Artikel 2

(1) Jeder Vertragsstaat wird in seinem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften zulassen. Er wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Ein Vertragsstaat wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jeder Vertragsstaat behandelt Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jeder Vertragsstaat behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als seine eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die ein Vertragsstaat den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen seiner Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen seiner Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die ein Vertragsstaat den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

- (1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines Vertragsstaats genießen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vollen Schutz und volle Sicherheit.
- (2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines Vertragsstaats dürfen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.
- (3) Staatsangehörige oder Gesellschaften eines Vertragsstaats, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von diesem Vertragsstaat hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als seine eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.
- (4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Meistbegünstigung

Artikel 5

Jeder Vertragsstaat gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Ver-

tragsstaats den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet ein Vertragsstaat seinen Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, so erkennt dieser andere Vertragsstaat, unbeschadet der Rechte des erstgenannten Vertragsstaats aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf den erstgenannten Vertragsstaat an. Ferner erkennt der andere Vertragsstaat den Eintritt des erstgenannten Vertragsstaats in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Rechte oder Ansprüche) an, welche der erstgenannte Vertragsstaat in demselben Umfang wie sein Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen, die aufgrund der übertragenen Ansprüche geleistet werden, gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Der Transfer von in Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erwähnten Zahlungen erfolgt unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsstaaten bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jeder Vertragsstaat wird jede andere Verpflichtung einhalten, die er in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften des einen Vertragsstaats in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats in dessen Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsstaaten beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines der beiden Vertragsstaaten einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

- (3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsstaaten zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, daß er die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.
- (4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten besitzt, die Ernennungen vornehmen.
- (5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.
- (6) Sind beide Vertragsstaaten auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz I des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft eines Vertragsstaats und dem anderen Vertragsstaat eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

- (1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einem der Vertragsstaaten und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft des anderen Vertragsstaats sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.
- (2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft des anderen Vertragsstaats einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.
- (3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.
- (4) Der an der Streitigkeit beteiligte Vertragsstaat wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft des anderen Vertragsstaats eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsstaaten diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

Das beiliegende Protokoll ist Bestandteil dieses Vertrags.

Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht einer der beiden Vertragsstaaten den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 13 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Bonn am **28. August 1997** in zwei Urschriften,
jede in deutscher, turkmenischer und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des turkmenischen Wortlauts ist der russische Wortlaut maßgebend.

Für die
Bundesrepublik Deutschland

Für
Turkmenistan

Protokoll
zum
Vertrag
zwischen
der Bundesrepublik Deutschland
und
Turkmenistan
über
die Förderung und den gegenseitigen Schutz von
Kapitalanlagen

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Turkmenistan über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteil des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger eines Vertragsstaats jede Person, die einen von den zuständigen Behörden des betreffenden Vertragsstaats ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht dem jeweiligen Vertragsstaat die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als "Betätigung" im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine "weniger günstige" Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als "weniger günstige" Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten einen Vertragsstaat nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in seinem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsstaaten werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen des einen Vertragsstaats, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer des einen Vertragsstaats, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

Als "unverzüglich" durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird ein Vertragsstaat die Transportunternehmen des anderen Vertragsstaats weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;

b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

[TURKMENIAN TEXT — TEXTE TURKMÈNE]

**Мая гоюмларыны амала ашырмага ярдам этмек ве
олары өзара голамак хақында Германия Федератив Республикасы
билең Түркменистаның арасындакы
ШЕРТНАМА**

Германия Федератив Республикасы ве Түркменистан

Ики Ылалашян Дөвлетин арасында ыкдысады хызматдашлыгы чуңлашдырмак ислеп,

бир Ылалашян Дөвлетин граждандарынын я-да компанияларынын бейлеки Ылалашян Дөвлетин территориясында мая гоюмларыны амала ашырмагы үчин аматлы шертлер дөретмеге чалшып,

шол мал гоюмларынын амала ашырылмагына ярдам этмегин хем-де оларын шертнама аркалы горалмагынын хусусы ыкдысады телекечилиги жанландырып хем-де ики халкын-да хал-ягдайыны көп эссе говуландырып билжекдигине дүшүнип,

шулар барада ылалашдылар:

I мадда

Шу Шертнаманын максатлары үчин:

1. “мая гоюмлары” адалгасы эмлек гимматлыкларынын эхли гөрнүшлерини, хусусан-да болса:

а) гозгалян ве гозгалмаян затлар гөрнүшиндөки эчилиги, шейле хем ипотека хукуклары ве гирев хукуклары ялы бейлеки эмлек хукукларыны;

б) компаниялара пайлы гатнашмак үчин ве гатнашмагың бейлеки гөрнүшлери үчин хукуклары;

в) ыкдысады гимматлыклары дөретмек үчин пейдаланылан пул серишделери я-да ыкдысады гимматы болан хызматлар боюнча талап хукугыны;

г) интеллектуал эчилик хукукларыны, хусусан-да, авторлык хукугы, патентлер, пейдалы моделлер, сенагат нусгалары ве моделлери, харыт нышанлары, фирма атлары, өнүмчилик ве коммерция сырлары, технологиялар, “ноу-хаулар” ве “гудвиллер” ялы хукуклары;

д) жемгыетчилик-хукук концессияларыны, шол санда тебиги серишделери агтармак ве чыкармак үчин концессиялары гуршап аляр;

эмлек гимматлыкларыны гоймагың гөрнүшиниң үйттемеги мая гоюмы хөкмүнде оларын хәсиетине тәсир этмейәр;

2. “гирдежилер” адалгасы мая гоюмларындан белли бир дөвүр үчин алынан пейданың пайы, дивидендлер, процентлер, лицензион я-да бейлеки төтеглер ялы серишделери анладяр;

3. “граждандар” адалгасы:

а) Германия Федератив Республикасы бабатда:

Германия Федератив Республикасынын Эсасы канунына лайыкыкда немешлери;

б) Түркменистан бабатда:

Түркменистаның граждандыгы хакында уланыян кануна лайыкыкда Түркменистаның гражданы болуп дурян шахсы адамлары;

4. “компания” адалгасы:

а) Германия Федератив Республикасы бабатда:

ишинин пейда алмага гөнүкдирлендигине я-да далдигине гарамаздан, эдара гөрнүшиндэки тарапын хукукларына эе болан я-да олара эе болмадык, Германия Федератив Республикасынын территориясында ерлешен ислендик эдара гөрнүшиндэки юридик тарапы я-да сөвда жемгыетини, бейлеки компаниялары я болмаса бирлешиклери;

б) Түркменистан бабатда:

Түркменистанын канунларына лайыктыкта дөредилен ве онун территориясында ерлешен, эдара гөрнүшиндэки тарапын хукукларына эе болан ислендик эдара гөрнүшиндэки тарапы я-да шерекети, бейлеки компаниялары я болмаса бирлешиклери аңладар.

2 мадда

(1) Ылалашян Дөвлетлериң хер бири бейлеки Ылалашян Дөвлетин граждандарынын я-да компанияларынын мая гоюмларына мүмкинчиликлере гөрә ярдам берер хем-де шол мая гоюмларына өз канунларына лайыктыкта ыгтыяр берер. Ол хер бир анык халатда мая гоюмлары бабатда долы адалатлы чемелешер.

(2) Ылалашян Дөвлетлериң хич бири өз территориясында эден-этдиликли я-да кемсиджи чөрелери гөрмегиң хасабына бейлеки Ылалашян Дөвлетин граждандарынын я-да компанияларынын мая гоюмларыпы доландырмагыны ве олара ыгтыяр этмегини, шейле хем олары уланмагыны я-да пейдаланмагыны хич бир гөрнүшде кемситмес.

3 мадда

(1) Ылалашян Дөвлетлериң хер бири өз территориясында бейлеки Ылалашян Дөвлетин граждандарынын я-да компанияларынын эчилигиндэки я болмаса тэсири астындакы мая гоюмлары бабатда өз граждандарынын я-да компанияларынын мая гоюмлары я-да үчүнжи дөвлетлериң граждандарынын я болмаса компанияларынын мая гоюмлары бабатдакы дүзгүнден аматлылыгы песс болмадык дүзгүни үпжүн эдйәр.

(2) Ылалашян Дөвлетлериң хер бири өз территориясында бейлеки Ылалашян Дөвлетин граждандарынын я-да компанияларынын мая гоюмлары билен багланышыкты иши бабатда олар барада өз граждандары я-да компаниялары я болмаса үчүнжи дөвлетлериң граждандары я-да компаниялары бабатда үпжүн эдиленден аматлылыгы песс болмадык дүзгүни үпжүн эдйәр.

(3) Шу дүзгүн бир Ылалашян Дөвлетин үчүнжи дөвлетлериң граждандарына я-да компанияларына оларын гүмрүк я-да ыкдысады бирлешиге, умумы базара я болмаса эркин сөвда золагына гатнашмагы билен багланышыктылыкта, я болмаса оларын шол ёкарда гөркезленлер билен ассоциация гирйәнлиги билен багланышыктылыкта үпжүн эдйән артыкмачыкларына дегишли далдир.

(4) Шу мадда лайыктыкта үпжүн эдилйән дүзгүн ики гезек салгыт салынмагыны арадан айырмак хакындакы Ылалашык я болмаса салгыт месселериң боюнча бейлеки шертлешиклер эсасында бир Ылалашян Дөвлетин

үчүнчи дөвлөттөргөн граждандарына я болмаса компанияларына үпжүн эдйөн еңилликлерине дегншлн далднр.

4 мадда

(1) Бнр Ылалашян Дөвлөттн граждандарынын я-да компанияларынын мая гоюмлары бейлеки Ылалашян Дөвлөттн территориясында долы горагдан ве ховпеузлыкдан пейдаланярлар.

(2) Бнр Ылалашян Дөвлөттн граждандарынын я-да компанияларынын мая гоюмлары бейлеки Ылалашян Дөвлөттн территориясында межбуры элден алмага, млллнлешднрмөге я-да өз нөтнжелерн боюнча шолара барабар болан бейлеки чөрелере днне жемгыетчнлык бөхбнтлерн үчнн хем-де өвезннн долманы төлемек бнлен сезевар эднлнп бнлнер. Өвезннн долмак элден алнан мая гоюмынын гымматына лайык гелмелнднр, шол гымматы болса амала ашырылан я-да гечнрнлжөк межбуры элннден алмак, млллнлешднрмөк чөрелерн я-да шолара барабар нөтнжелн чөрелер хакында ресмн тайдан мөлнм болан пурсатың хут өң янында кесгнтленнлмелнднр. Өвезннн долмак хаял эднлмөн төленнлмелнднр ве онун төленнлен пурсатына ченлн өвезннн долманын мөчбернне уланылан процент ставкасына лайыклыкда банк процентлерн хасапланыляр; өвезннн долма иш йүзүндө уланылан ве эркнн гечнрнлйөн болмалыдыр. Межбуры элннден алмагы, млллнлешднрмегн я-да өз хөснети боюнча олара барабар чөрелерн амала ашырмак пурсатындан гнжө галман өвезннн долманын мөчберннн ве оны төлемегнн тертнбннн кесгнтлемек боюнча герегнче өңүнн алыш чөрелерн гөрүлмелнднр. Межбуры элнндеи алмагы, млллнлешднрмегн я-да хөснети боюнча шолара барабар чөрелерн амала ашырмагың хукуга лайыклыгына, шейле хем өвезннн долманын мөчбернне судда гарамак мүмкннчнлнглн гөз өңүндө тутулмалыдыр.

(3) Бнр Ылалашян Дөвлөттн мая гоюмларына бейлеки Ылалашян Дөвлөттн территориясында уруш я-да бейлеки яраглы чакнышыклар, революция, адатдан дашары ягдай я болмаса пнтне нөтнжесннде зыян етнрнлен граждандарына я-да компанияларына шол Ылалашян Дөвлөт тарапындан йнтгнлнрнн өвезннн долмак, пушмана пулларыны, өвезннн долмалары я-да бейлеки төлеглерн төлемек бабатда аматлылыгы өз граждандары я-да компаниялары үчнн үпжүн эднлйөн дүзгүнден пөс болмадык дүзгүн үпжүн эднлнр. Шол серншделер эркнн гечнрнлйөн болмалыдыр.

(4) Бнр Ылалашян Дөвлөттн граждандары я-да компаниялары бейлеки Ылалашян Дөвлөттн территориясында шу маддада дүзгүнлешднрнлйөн чөсселер бабатда хас аматлы дүзгүнден пейдаланярлар.

5 мадда

Ылалашян Дөвлөттн хер бнрн бейлеки Ылалашян Дөвлөттн граждандарына я-да компанияларына мая гоюмлары бнлен багланышыклы төгөглөрнн, хусусан-да:

а) маяның хем-де мая гоюмларының мөчберннн голдамак я-да артдырмак үчнн гошмача серншделернн;

б) гнрдежнлрнн;

в) карз алнан серншделерн үзмөк үчнн төленнлйөн серншделернн;

г) мая гоюмларының долы я-да кем-кэс ятырылмагы я-да сатылмагы билен багланышыклы дөрөйән гирдежиниң;

д) шу Шертнаманың 4 маддасында гөз өнүнде тутулан өвезини долмаларың эркин гечпирилмегини кепиллендирйәр.

6 мадда

Эгер Ылалашян Дөвлетлериң бири бейлеки Ылалашян Дөвлетини территориясындагы мая гоюмларыны кепиллендирмек эсасында өз граждандарына я-да компанияларына сериште төлейән болса, онда шол Ылалашян Дөвлет биринжи Ылалашян Дөвлетини шу Шертнаманың 10 маддасындан гелип чыкян хукукларыны кемситмезден, шол граждандарын я-да компанияларын әкли хукукларының я болмаса далаш этмелеринин канун я-да шертнама эсасында биринжи Ылалашян Дөвлете берилмегини ыкпар эдер. Галыберсе-де, бейлеки Ылалашян Дөвлет биринжи Ылалашян Дөвлетини шол хукукларын я-да далаш этмелериң (берлен хукуклар я-да далаш этмелер) әхлисине эе болмагыны ыкпар эдер, биринжи Ылалашян Дөвлет шол хукуклары я-да далаш этмелери хукук боюнча өзүнчен озалкы ялы мөчберде амала ашырмага хақлыдыр. Берлен далаш этмелер эсасында амала ашырылан төлеглери гечирмек бабатда дегишлиликде шу Шертнаманың 4 маддасының 2 ве 3 пунктлары, шейле хем 5 маддасы уланылар.

7 мадда

(1) 4 мадданың 2 я-да 3 пунктларында, шейле хем 5 я-да 6 маддаларда гөркезилен төлеглери гечирмек шол пурсатда уланылан хүммет боюнча хаёл эдилмән амала ашырылар.

(2) Шол хүммет Халкара валюта фонды тарапындан дегишли валюталары төлег амала ашырылан пурсатда йөрите карз алма хукуклары хөкмүнде хасапламагың эсасына алып билжек хасаплашык хүмметлеринден гелип чыкян утгащдырылан хүммеде (cross gate) лайык гелмелидир.

8 мадда

(1) Эгер бир Ылалашян Дөвлетини канунлары я-да Ылалашян Дөвлетлериң арасында шу Шертнама билен бир хатарда бар болан я-да олар тарапындан гелжекде баглашылжак халкара-хукук ылашашыкларындан гелип чыкян умумы я-да йөрите дүзгүне лайыктыкта бейлеки Ылалашян Дөвлетини граждандарының я-да компанияларының мая гоюмлары шу Шертнама гаранында хас аматлы дүзгүнден пейдаланын болса, онда шейле дүзгүн хас аматлы болан дережеде шу Шертнаманың дүзгүнлеринден илери тутулар.

(2) Хер бир Ылалашян Дөвлет бейлеки Ылалашян Дөвлетини граждандарының я-да компанияларының өз территориясындагы мая гоюмлары бабатда өз үстүне кабул эден ислендик бейлеки борчнамасыны бержай эдер.

9 мадда

Шу Шертнама бир Ылалашян Дөвлетини граждандары я-да компаниялары тарапындан бейлеки Ылалашян Дөвлетини канунларына лайыктыкта онуң территориясында шу Шертнама гүйже гирмәнкә амала ашыран мая гоюмлары барада хем уланылар.

10 мадда

- (1) Ики Ылалашян Дөвлетинң шу Шертнаманы дүшүндирмек я-да уланмак хакындакы жеделлери мүмкин болдугыча ики Ылалашян Дөвлетинң хөкүметлери тарапындан чөзүлөр.
- (2) Эгер жедел шейле ёл билен дүзгүнлештирилип билинмесе, онда Ылалашян Дөвлетлериң бириниң талабы боюнча ол арбитраж судунын чөзмегине берилйэр.
- (3) Арбитраж суды хер бир анык халат үчин дөредилйэр, өзн-де хер бир Ылалашян Дөвлет арбитраж судунын бир агзасыны беллейэр ве арбитраж судунын ики агзасы үчүнжи дөвлетинң гражданынын кандидатурасы хакында билеликте шертлешйэрлер, шол үчүнжи дөвлетинң гражданыны болса ики Ылалашян Дөвлетинң хөкүметлери арбитраж судунын башлыгы хөкмүнде беллейэрлер. Арбитраж судунын агзалары Ылалашян Дөвлетлериң бири жедели арбитраж судунын чөзмегине бермекчидиги хакында бейлеки Ылалашян Дөвлете хабар эден пурсатындан башлап ики айың довамында, арбитраж судунын башлыгы болса шол пурсатдан башлап үч айын довамында белленилмелидир.
- (4) Эгер шу мадданың 3 пунктунда гөркезилен мөхлетлер бержай эдилмесе, онда башга шертлешик ёк махалы хер бир Ылалашян Дөвлет зерур беллемелери амала ашырмак хайышы билен БМГ-нын Халкара судунын башлыгына йүз тутуп билер. Эгер башлык Ылалашян Дөвлетлериң бириниң гражданы болса я-да башга бир себеп оңа беллемелери амала ашырмага пәсгел берйән болса, онда онуң орунбасары шол беллемелери амала ашырар. Шейле халатда башлыгың орунбасары хем Ылалашян Дөвлетлериң бириниң гражданы болса я-да ол херекет этмек мүмкинчилигинден махрум болса, онда беллемелери Халкара судунын Ылалашян Дөвлетлериң бириниң гражданы болуп дурмаян, дережеси боюнча соңракы агзасы амала ашырар.
- (5) Арбитраж суды өз чөзгүдини сеслериң көплүги билен кабул эдйэр. Шол чөзгүт хөкманы гүйже эдир. Ылалашян Дөвлетлериң хер бири арбитраж судундакы өз беллән агзасынын иши билен багланышыклы, шейле хем арбитражын баршындакы өз векилчилиги боюнча чыкдажылары чекйэр; арбитраж судунын башлыгынын иши билен багланышыклы чыкдажылары, шейле хем бейлеки чыкдажылары Ылалашян Тараплар дең пайларда чекйэрлер. Арбитраж суды чыкдажылары чекмек меселесини башгача дүзгүнлештирмек хакында шертлешип билер. Эхли бейлеки меселелер боюнча арбитраж суды өз ишиниң тертибини өзбашдак кесгитлейэр.
- (6) Эгер Ылалашян Дөвлетлериң икиси-де 1965 йылын 18 мартындакы Мая гоюмлары бабатдакы дөвлетлер билен бейлеки дөвлетлериң гражданынын арасындакы жеделлери дүзгүнлештирмек хакындакы Конвенция хем гатнашыжы дөвлетлер болуп дурян болса, онда Конвенциянын 27 маддасынын 1 пунктунуң дүзгүнлериңи назара алмак билен, бир Ылалашян Дөвлетинң гражданы я-да компаниясы билен бейлеки Ылалашян Дөвлетин арасында Конвенциянын 25 маддасына лайыктыкта шертлешик газанылганча ёкарда гөркезилиши ялы арбитраж судуна йүз тутмак мүмкин дөдир. Мунуң өзи ёкарда гөркезилен Конвенциянын 27 маддасына лайыктыкта херекет эдйән арбитраж судунын чөзгүди бержай эдилмедик халатда я болмаса шу Шертнаманың 6 маддасына лайыктыкта хукуклар канун я-да шертнама

эсасында берлен халатда ёкарда гөркезилен арбитраж судуна йүз тутмак мүмкинчилигине тәсир этмейәр.

11 мадда

(1) Бир Ылалашян Дөвлет билен бейлеки Ылалашян Дөвлетин гражданынын я-да компаниясынын арасындакы мая гоюмлары бабатдакы жеделлери тараплар мүмкин болдугыча достлуклы ёл билен дүзгүнлеширмелидир.

(2) Эгер жедел она гатнашян тарапларын биринин арза берен пурсатындан башлап алты айың довамында дүзгүнлеширилип билинмесе, онда бейлеки Ылалашян Дөвлетин гражданынын я-да компаниясынын талабы боюнча ол арбитраж судуның чөзмегине берилияр. Эгер жеделе гатнашян тараплар башгача амаллар хакында шертлешмесе, онда жеделе арбитраж судунда 1965 йылың 18 мартындакы Мая гоюмлары бабатдакы дөвлетлер билен бейлеки дөвлетлерин граждандарынын арасындакы жеделлери дүзгүнлеширмек хакындакы Конвенция лайыклыкта гаралар.

(3) Арбитраж судуның чөзгүди хөкманы гүйже эдир ве шикаят этмәгә дегишли дәлир, ёкарда гөркезилен Конвенцияда гөз өңүнде тутулан халатлар муна кирмейәр. Чөзгүт милли канунлара лайыклыкта ерине стирилияр.

(4) Арбитраж селжериси я-да арбитраж судуның чөзгүди ерине стирilen вагтында жеделе гатнашян Ылалашян Дөвлетлер бейлеки Ылалашян Дөвлетин гражданынын я-да компаниясынын чекен зыяны үчин кем-кәс я-да долы өвезини долманы этиячландырма эсасында аландыгыны делил хөкмүнде өне сүрмез.

12 мадда

Шу Шертнама ики Ылалашян Дөвлетин арасында дипломатик я-да консуллык гатнашыкларың бардыгына я-да ёкдугына гарамаздан херекет эдйәр.

13 мадда

Гошулян Протокол шу Шертнаманың бир бөлегидир.

14 мадда

(1) Шу Шертнама тассыкланылмага дегишлидир; тассыклайыш хатларыны алышмак мүмкин болдугыча гысга мөхлетде амала ашырылар.

(2) Шу Шертнама тассыклайыш хатлары алышыландан соң бир айдан гүйже пирер. Ол он йылың довамында херекет эдер. Эгер Ылалашян Дөвлетлерин лич бири онуң херекет эдйән мөхлетинин тамаманмагына он ики ай галанда шу Шертнаманың гүйжүни ятырандыгы хакында язмача беян этмесе, шу Шертнама чөксиз мөхлете узалдылар. Он йыл геченден соң шу Шертнаманың гүйжи онуң гүйжүни ятырмак барадакы он ики айлык мөхлет бержай эдилен махалы ислендик вагта бес эдилип билнер.

(3) Шу Шертнаманың херекети бес эдилен пурсата ченли амала ашырылан мая гоюмлары бабатда 1-13 маддалар шу Шертнаманың херекети бес эдилен гүнүнден башлап сонракы он бәш йылың довамында өз гүйжүни сақлар.

Бонн шәһеринде 1997 йылын 28 августында немец, түркмен ве рус диллеринде ики нусгада амал эдилди, өзи-де эхли текстлериң бирмензеш гүйжи бардыр. Немец ве түркмен дилиндеки текстлери дүшүндирмекде тапавутлыклар дөрэн халатда рус дилиндеки текст эсасы болуп дуяр.

Германия Федератив Республикасының
адындан

Man Mouty.

Түркменистаның
адындан

Seit

Мая гоюмларыны амала ашырмага ярдам этмек ве олары өзара горамак хакында Германия Федератив Республикасы билең Түркменистаның арасындакы Шертнама

ПРОТОКОЛ

Мая гоюмларыны амала ашырмага ярдам этмек ве олары өзара горамак хакында Германия Федератив Республикасы билең Түркменистаның арасындакы Шертнама гол чекилең махалы мунуң үчин дегишли дережеде ыгтыярлы эдилең адамлар шу дүзгүнлер хакында хем шертлешдилер:

(1) 1 мадда бабатда:

а) Мая гоюмларындан алнан гирдежилер хем-де олар гайтадан гоылан халатда олардан алнан гирдежилер мая гоюмлары билең ден дережеде горогдан пейдаланяр.

б) Гражданлыгы кесгитлемегин бейлеки амалларыны кемситмезден, бир Ылалашян Дөвлетин гражданы дийлип, хусусан-да, дегишли Ылалашян Дөвлетин ыгтыярлы органы тарапындан берлең милли дашары юрт паспортына эе болан ислендик адам хасап эдилйэр.

(2) 2 мадда барада:

а) Бир Ылалашян Дөвлетин канунларына лайыкыкыда онун территориясында бейлеки Ылалашян Дөвлетин гражданыларының я-да компанияларының амала ашыран мая гоюмлары шу Шертнаманың горогындан долы пейдаланярлар.

б) Шу Шертнама айратын ыкдысады зонаның территориясында ве континентал шельфде Халкара хукугының дегишли Ылалашян Дөвлетлерин шол территориялар бабатда өзыгтыярлы хукукларыны я-да юрисдикцияны амала ашырмагына ёл берйён дережеде херекет эдйэр.

(3) 3 мадда барада:

а) Шу Шертнаманың 3 мадданың 2 пунктунда “иш” дийлең махалы, хусусан-да, мая гоюмларыны доландырмагы ве она ыгтыяр этмеги, шейле хем оны уланмагы ве пейдаланмагы гөз өңүнде тутмалы, йөне булар билең чөкленмели дәл. Шу Шертнаманың 3 маддасында “аматлылыгы пес болан” дийленде, хусусан-да, чиг малы ве көмекчи материаллары, энергияны ве янгыжы, шейле хем өнүмчилик серишделериниң ве доланышык серишделериниң әли гөрнүшлерни алмакда чөклендирмелер халатда дүзгүнч бирмеңзеш болмазлыгыны, өнүмлери юрдуң ичинде ве дашары юртларда ерлешдирмек бабатдакы чөклендирмелер халатда дүзгүниң бирмеңзеш болмазлыгыны, шейле хем нетижелери барабар болан бейлеки чәрелери гөз өңүнде тутмалы. Жемгыетчилик ховпсузлыгының ве жемгыетчилик тертибиниң, халкың саглыгыны я-да ачлагыны гораматың бәхбитлери үчин гөрүлийән чәрелер шу Шертнаманың 3 маддасында дүзгүн бабатда уланыляң “аматлылыгы пес болан” чәрелер дийлип хасап эдилмейэр.

б) Шу Шертнаманың 3 маддасының дүзгүнлери салгыт барадакы канунлара лайыкыкыда диңе өз территориясында яшаян я-да болян ери бар болан шахсы адамлара ве компаниялара берилйән салгытлар бабатдакы сивилликлери, бошатмалары ве артыкмачлыклары бейлеки Ылалашян

Дөвлеттин территориясында яшayan я-да болян ери болан шахсы адамлара ве компаниялара дегишли этмәге борчлы этмейәр.

в) Ылалашян Дөвлетлер милли канунларының чәклеринде бир Ылалашян Дөвлетин мая гоюмлары себәгли бейлеки Ылалашян Дөвлетин территориясына гелмекчи болян адамларын гелмек ве болмак үчин йүзтутмаларына хошннетли гарарлар; шу дүзгүн бир Ылалашян Дөвлетин мая гоюмы билен багланышыклыыкда бейлеки Ылалашян Дөвлетин территориясына гелмекчи хем-де зәхмет ишини ерине стирмек максады билен шол ерде болмакчы болян ишгәрлерине хем дегишлидир. Иш үчин ыгтыярнама бермек барадакы йүзтутмалара хем хошннетли гаралар.

(4) 4 мадда барада:

Өвезини долмагы талап этмек хукугы дөвлет өз херекетлери билен мая гоюмының объектти болан кәрхана гатышян ве шейлекликде она эп-эсли ыкдысады зыян стирйән халатда хем бардыр.

(5) 7 мадда барада:

Эгер сериште гечирмек оны амала ашырмагын ресмилешдирмелерини бержай этмек үчин адаты ягдайларда талап эдилйән мөхлетин чәклеринде ерине стирилсе, ол шу Шертнаманың 7 маддасының 1 пунктунда айдылышы ялы, “хаял этмән” ерине стирилен дийлип хасап эдилйәр. Мөхлет дегишли йүзтутманы бермегин пурсатындан башланяр ве хич бир халатда ики айдан узак болмалы дәлдир.

(6) Мая гоюмы билең багланышыклы йүклер дашалаң я-да адамлар гатнадылан махалы Ылалашян Дөвлетлериң хич бири улаг операцияларыны амала ашырмагы бейлеки Ылалашян Дөвлетин улаг кәрханасына гадаган этмез я-да муңа пәсгел бермез хем-де шол гатнатмалары ерине стирмек үчин ругсатнамалары зерурлыга гөрә берер. Муңа шулар дегишлидир:

а) шу Шертнама лайыклыыкда гөнүден-гөңи мая гоюмы үчин нплетленилен я-да Ылалашян Дөвлетлериң бириниң я болмаса үчүнжи дөвлетин территориясында шу Шертнама лайыклыыкда эмләк гымматлыклары гойлан кәрхананың серишделериниң хасабына я-да табшырмагы боюнча сатын алынян йүки дашамак;

б) мая гоюмы билен багланышыклы иш сапарында болян адамлары гатнатмак.

[RUSSIAN TEXT — TEXTE RUSSE]

ДОГОВОР
между
Федеративной Республикой Германия и Туркменистаном
о
содействии осуществлению и взаимной защите капиталовложений

Федеративная Республика Германия и Туркменистан

желая углублять экономическое сотрудничество между двумя Договаривающимися Государствами,

стремясь создать благоприятные условия для осуществления капиталовложений граждан или компаний одного Договаривающегося Государства на территории другого Договаривающегося Государства,

сознавая, что содействие осуществлению и договорная защита этих капиталовложений могут оживить частную экономическую инициативу и приумножить благосостояние обоих народов,

договорились о нижеследующем:

Статья 1

Для целей настоящего Договора:

1. термин «капиталовложения» охватывает все виды имущественных ценностей, а в частности:

- а) собственность в виде движимых и недвижимых предметов, а также другие имущественные права, такие как ипотечные права и права залога;
- б) права на долевое участие и другие формы участия в компаниях;
- в) право требования по денежным средствам, использованным для создания экономических ценностей, или услугам, имеющим экономическую ценность;
- г) права интеллектуальной собственности, такие как, в частности, авторские права, патенты, полезные модели, промышленные образцы и модели, товарные знаки, фирменные наименования, производственные и коммерческие тайны, технология, «ноу-хау» и «гудвилл»;
- д) общественно-правовые концессии, включая концессии на разведку и добычу природных ресурсов;

изменение вида вложения имущественных ценностей не затрагивает их свойство как капиталовложение;

2. термин «доходы» означает суммы, получаемые от капиталовложения за определенный период, такие как доли прибыли, дивиденды, проценты, лицензионные или другие вознаграждения;

3. термин «граждане» означает:

а) в отношении Федеративной Республики Германия:

немцев в соответствии с Основным законом Федеративной Республики Германия;

б) в отношении Туркменистана:

физических лиц, являющихся гражданами Туркменистана в соответствии с действующим Законом о гражданстве Туркменистана;

4. термин «компания» означает:

а) в отношении Федеративной Республики Германия:

любое юридическое лицо или торговое общество, прочие компании или объединения с правами юридического лица или без них, с местом расположения на территории Федеративной Республики Германия, невзирая на то, направлена ли их деятельность на получение прибыли или нет;

б) в отношении Туркменистана:

любое юридическое лицо или товарищество, прочие компании или объединения с правами юридического лица, которые созданы в соответствии с законодательством Туркменистана и расположены на его территории;

Статья 2

(1) Каждое из Договаривающихся Государств по мере возможностей будет способствовать капиталовложениям граждан или компаний другого Договаривающегося Государства и будет разрешать эти капиталовложения в соответствии со своим законодательством. Она в каждом конкретном случае будет обращаться с капиталовложениями со всей справедливостью.

(2) Ни одно из Договаривающихся Государств на своей территории никоим образом не будет ущемлять за счет принятия произвольных или дискриминационных мер управление и распоряжение капиталовложениями гражданами или компаниями другого Договаривающегося Государства, а также их применение и использование.

Статья 3

(1) Каждое из Договаривающихся Государств обеспечивает на своей территории в отношении капиталовложений, находящихся в собственности или под влиянием граждан или компаний другого Договаривающегося Государства, режим не менее благоприятный, чем в отношении капиталовложений собственных граждан или компаний или капиталовложений граждан или компаний третьих государств.

(2) Каждое из Договаривающихся Государств обеспечивает на своей территории в отношении граждан или компаний другого Договаривающегося Государства в том, что касается их деятельности в связи с капиталовложениями, режим не менее благоприятный, чем в отношении собственных граждан или компаний, или граждан или компаний третьих государств.

(3) Этот режим не распространяется на преимущества, которые одно Договаривающееся Государство предоставляет гражданам или компаниям третьих государств в связи с их участием в таможенном или экономическом союзе, общем рынке или зоне свободной торговли или в связи с их ассоциацией с ними.

(4) Режим, предоставляемый в соответствии с настоящей Статьей, не распространяется на льготы, которые одно Договаривающееся Государство предоставляет гражданам или компаниям третьих государств на основании соглашения об избежании двойного налогообложения или других договоренностей по налоговому вопросу.

Статья 4

(1) Капиталовложения граждан или компаний одного Договаривающегося Государства на территории другого Договаривающегося Государства пользуются полной защитой и безопасностью.

(2) Капиталовложения граждан или компаний одного Договаривающегося Государства могут быть подвергнуты мерам по принудительному изъятию, национализации или другим мерам, аналогичным им по своим последствиям, на территории другого Договаривающегося Государства только в общественных интересах и с выплатой компенсации. Компенсация должна соответствовать стоимости изъятого капиталовложения, определенной непосредственно перед моментом, когда официально стало известно о фактически осуществленных или предстоящих мерах по принудительному изъятию, национализации или мерах с аналогичными последствиями. Компенсация должна выплачиваться незамедлительно и до момента ее выплаты на сумму компенсации начисляются банковские проценты в соответствии с действующей процентной ставкой; она должна быть практически используемой и свободно трансформируемой. Не позднее момента осуществления принудительного изъятия, национализации или меры аналогичной им по своему характеру, должны быть приняты надлежащие профилактические меры по определению суммы и порядку выплаты компенсации. Должна быть предусмотрена возможность судебного рассмотрения правомерности осуществления принудительного изъятия, национализации или меры, аналогичной им по своему характеру, а также размера компенсации.

(3) Гражданам или компаниям одного Договаривающегося Государства, капиталовложениям которых нанесен ущерб на территории другого Договаривающегося Государства вследствие войны или прочих вооруженных столкновений, революции, чрезвычайного положения или мятежа, будет предоставлен этим Договаривающимся Государством режим, не менее благоприятный в отношении возмещения убытков, отступных сумм, компенсаций или прочих вознаграждений, чем для своих граждан или компаний. Эти суммы должны быть свободно трансформируемыми.

(4) Граждане или компании одного Договаривающегося Государства на территории другого Договаривающегося Государства пользуются режимом наибольшего благоприятствования в отношении вопросов, урегулированных настоящей Статьей.

Статья 5

Каждое из Договаривающихся Государств гарантирует гражданам или компаниям другого Договаривающегося Государства свободный трансферт платежей в связи с капиталовложением, в частности:

- а) капитала и дополнительных сумм для поддержания или увеличения объема капиталовложения;
- б) доходов;
- в) сумм, выплачиваемых в погашение займов;
- г) выручки, возникающей в связи с полной или частичной ликвидацией или продажей капиталовложения;
- д) компенсаций, предусмотренных в Статье 4 настоящего Договора.

Статья 6

Если одно из Договаривающихся Государств осуществляет выплату сумм своим гражданам или компаниям на основании гарантии капиталовложения на территории другого Договаривающегося Государства, то это Договаривающееся Государство, без ущемления для вытекающих из Статьи 10 настоящего Договора прав первого Договаривающегося Государства, будет признавать передачу первому Договаривающемуся Государству всех прав или притязаний этих граждан или компаний в силу закона или договора. Кроме того, другое Договаривающееся

Государство признает вступление первого Договаривающегося Государства во все эти права или притязания (переданные права или притязания), которые первое Договаривающееся Государство вправе осуществлять в том же объеме, что и его предшественник по праву. В отношении трансферта платежей, осуществляемых на основании переданных притязаний, действуют соответственно пункты 2 и 3 Статьи 4, а также Статья 5 настоящего Договора.

Статья 7

(1) Трансферт платежей, указанных в пунктах 2 или 3 Статьи 4, а также в Статьях 5 или 6, будет осуществляться незамедлительно по курсу, действующему в данный момент.

(2) Этот курс должен соответствовать совмещенному курсу (cross rate), вытекающему из тех расчетных курсов, которые Международный валютный фонд взял бы за основу пересчета соответствующих валют в специальные права заимствования в момент осуществления платежей.

Статья 8

(1) Если из законодательства одного Договаривающегося Государства или международно-правовых соглашений, существующих между Договаривающимися Государствами наряду с настоящим Договором или заключаемых ими в будущем, вытекает общее или специальное положение, согласно которому капиталовложения граждан или компаний другого Договаривающегося Государства пользуются более благоприятным режимом, чем по настоящему Договору, то такое положение будет иметь преимущество перед положениями настоящего Договора в той части, в которой оно более благоприятно.

(2) Каждое из Договаривающихся Государств будет соблюдать любое другое обязательство, которое оно приняло на себя в отношении капиталовложений граждан или компаний другого Договаривающегося Государства на своей территории.

Статья 9

Настоящий Договор действует также в отношении капиталовложений, которые были осуществлены гражданами или компаниями одного Договаривающегося Государства в соответствии с законодательством другого Договаривающегося Государства на его территории еще до вступления в силу настоящего Договора.

Статья 10

(1) Споры между обоими Договаривающимися Государствами о толковании или применении настоящего Договора, по возможности, будут решаться правительствами двух Договаривающихся Государств.

(2) Если спор не может быть урегулирован таким путем, то по требованию одного из Договаривающихся Государств он передается на решение арбитражного суда.

(3) Арбитражный суд создается для каждого конкретного случая, причем каждое Договаривающееся Государство назначает по одному члену арбитражного суда, и оба члена арбитражного суда совместно договариваются о кандидатуре гражданина третьего государства, который назначается правительствами обоих Договаривающихся Государств в качестве председателя арбитражного суда. Члены арбитражного суда должны быть назначены в течение двух месяцев, а председатель

арбитражного суда - в течение трех месяцев с момента, когда одно из Договаривающихся Государств сообщит другому Договаривающемуся Государству о своем намерении передать спор на решение арбитражного суда.

(4) Если сроки, указанные в пункте 3 настоящей Статьи, не будут соблюдены, то при отсутствии иной договоренности каждое Договаривающееся Государство может обратиться к председателю Международного суда ООН с просьбой осуществить необходимые назначения. Если председатель имеет гражданство одного из Договаривающихся Государств или другая причина мешает ему осуществить назначения, то его заместитель осуществит их. В том случае, если и заместитель председателя имеет гражданство одного из Договаривающихся Государств или он лишен возможности действовать, то назначения осуществит следующий по чину член Международного суда, не имеющий гражданства одного из Договаривающихся Государств.

(5) Арбитражный суд выносит свое решение большинством голосов. Это решение имеет обязательную силу. Каждое из Договаривающихся Государств несет расходы, связанные с деятельностью назначенного им члена арбитражного суда, а также по своему представительству в арбитражном процессе; расходы, связанные с деятельностью председателя арбитражного суда, а также прочие расходы Договаривающиеся Государства несут в равных долях. Арбитражный суд может договориться о другом урегулировании вопроса о несении расходов. По всем остальным вопросам арбитражный суд определяет порядок своей работы самостоятельно.

(6) Если оба Договаривающихся Государства являются также государствами-участниками Конвенции об урегулировании споров между государствами и гражданами других государств относительно капиталовложений от 18 марта 1965 года, то с учетом положений пункта 1 Статьи 27 Конвенции невозможно обратиться к вышеуказанному арбитражному суду, пока между гражданином или компанией одного Договаривающегося Государства и другого Договаривающегося Государства достигнута договоренность в соответствии со Статьей 25 Конвенции. Этим не затрагивается возможность обратиться к вышеуказанному арбитражному суду в случае несоблюдения решения арбитражного суда, действующего в соответствии с упомянутой Конвенцией (Статья 27), или в случае передачи прав в силу закона или на основании договора согласно Статье 6 настоящего Договора.

Статья 11

(1) Споры относительно капиталовложений между одним Договаривающимся Государством и гражданином или компанией другого Договаривающегося Государства, по возможности, должны регулироваться сторонами в споре дружественным путем.

(2) Если спор не может быть урегулирован в течение шести месяцев с момента заявления о нем одной из сторон в споре, то по требованию гражданина или компании другого Договаривающегося Государства он передается на решение арбитражного суда. Если стороны в споре не договариваются об иной процедуре, то спор будет рассматриваться в арбитражном суде в соответствии с Конвенцией об урегулировании споров между государствами и гражданами других государств относительно капиталовложений от 18 марта 1965 года.

(3) Решение арбитражного суда имеет обязательную силу и не подлежит обжалованию, за исключением тех случаев, которые предусмотрены упомянутой Конвенцией. Решение приводится в исполнение в соответствии с национальным законодательством.

(4) Во время арбитражного разбирательства или исполнения решения арбитражного суда участвующее в споре Договаривающееся Государство не будет выдвигать в качестве аргумента то, что гражданин или компания другого Договаривающегося Государства получили частичную или полную компенсацию за понесенный ущерб на основании страхования.

Статья 12

Настоящий Договор действует независимо от того, существуют ли между обими Договаривающимися Государствами дипломатические или консульские отношения.

Статья 13

Прилагаемый Протокол является составной частью настоящего Договора.

Статья 14

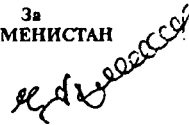
- (1) Настоящий Договор подлежит ратификации; обмен ратификационными грамотами будет осуществлен в возможно короткий срок.
- (2) Настоящий Договор вступит в силу через один месяц после обмена ратификационными грамотами. Он будет действовать в течение десяти лет. Если ни одно из Договаривающихся Государств не заявит в письменной форме о денонсации настоящего Договора за двенадцать месяцев до истечения срока его действия, настоящий Договор продлевается на неограниченный срок. По истечении десяти лет действие настоящего Договора может быть прекращено в любое время при соблюдении срока денонсации в двенадцать месяцев.
- (3) В отношении капиталовложений, осуществленных до момента прекращения действия настоящего Договора, Статьи 1-13 будут оставаться в силе в течение дальнейших пятнадцати лет со дня прекращения действия настоящего Договора.

Совершено в г. Бонне "28" августа 1997 года в двух экземплярах, каждый на немецком, туркменском и русском языках, причем все тексты имеют силу. В случае возникновения расхождений в толковании немецкого и туркменского текстов, русский текст является основным.

За
ФЕДЕРАТИВНУЮ РЕСПУБЛИКУ
ГЕРМАНИЯ



За
ТУРКМЕНИСТАН



ПРОТОКОЛ

к Договору между Федеративной Республикой Германия и Туркменистаном о содействии осуществлению и взаимной защите капиталовложений

При подписании Договора между Федеративной Республикой Германия и Туркменистаном о содействии осуществлению и взаимной защите капиталовложений должным образом на то уполномоченные лица договорились также о следующих положениях:

- (1) К статье 1:
 - а) Доходы от капиталовложения и, в случае их повторного вложения, доходы от них пользуются равной с капиталовложением защитой.
 - б) Без ущемления для других процедур определения гражданства, гражданином одного Договаривающегося Государства, в частности, считается любое лицо, которое имеет национальный заграничный паспорт, выданный компетентными органами соответствующего Договаривающегося Государства.
- (2) К статье 2:
 - а) Капиталовложения, осуществленные в соответствии с законодательством одного Договаривающегося Государства на его территории гражданами или компаниями другого Договаривающегося Государства, пользуются полной защитой настоящего Договора.
 - б) Настоящий Договор действует также на территории исключительной экономической зоны и на континентальном шельфе, насколько Международное право допускает осуществление соответствующим Договаривающимся Государством суверенных прав или юрисдикции в отношении этих территорий.
- (3) К статье 3:
 - а) В качестве "деятельности" в смысле пункта 2 Статьи 3 настоящего Договора следует рассматривать, в частности, но не исключительно управление и распоряжение капиталовложением, а также его применение и использование. В качестве "менее благоприятного" режима в смысле Статьи 3 настоящего Договора следует, в частности, рассматривать: неодинаковый режим в случае ограничения в приобретении сырья и вспомогательных материалов, энергии и топлива, а также всех видов средств производства и оборотных средств, неодинаковый режим в случае ограничения сбыта продукции внутри страны и за границей, а также прочие меры с аналогичными последствиями. Меры, предпринимаемые в интересах общественной безопасности и общественного порядка, охраны здоровья народа или нравственности, не считаются "менее благоприятным" режимом в смысле Статьи 3 настоящего Договора.
 - б) Положения Статьи 3 настоящего Договора не обязывают Договаривающееся Государство распространять налоговые льготы, освобождения и скидки, предоставляемые в соответствии с налоговым законодательством только физическим лицам и компаниям с местом жительства или нахождения на его территории, на физические лица и компании с местом жительства или нахождения на территории другого Договаривающегося Государства.

- в) В рамках национального законодательства Договаривающиеся Государства будут благожелательно рассматривать заявки на въезд и пребывание лиц одного Договаривающегося Государства, намеревающихся приехать на территорию другого Договаривающегося Государства в связи с капиталовложением; данное положение распространяется также на работников одного Договаривающегося Государства, которые в связи с капиталовложением намереваются приехать на территорию другого Договаривающегося Государства и находиться там с целью выполнения трудовой деятельности. Благожелательно будут рассматриваться также заявки на выдачу разрешения на работу.
- (4) К статье 4:
- Право требования компенсации существует также и в том случае, если государство своими действиями вмешивается в предприятие, являющееся объектом капиталовложения, и, тем самым, причиняет ему существенный экономический ущерб.
- (5) К статье 7:
- Трансферт считается выполненным "незамедлительно" в смысле пункта 1 Статьи 7 настоящего Договора в том случае, если он выполняется в пределах того срока, который при нормальных обстоятельствах требуется для соблюдения формальностей осуществления трансферта. Срок начинается с момента подачи соответствующей заявки и ни в коем случае не должен превышать двух месяцев.
- (6) При перевозке груза и лиц в связи с капиталовложением ни одно из Договаривающихся Государств не будет запрещать или препятствовать транспортным предприятиям другого Договаривающегося Государства осуществлять транспортные операции и будет, по мере необходимости, выдавать разрешения на выполнение этих перевозок. Сюда относятся перевозки:
- а) груза, предназначенного непосредственно для капиталовложения в смысле настоящего Договора или приобретаемого на территории одного из Договаривающихся Государств или третьего государства за счет средств или по поручению предприятия, в которое вложены имущественные ценности в смысле настоящего Договора;
 - б) лиц, находящихся в командировке в связи с капиталовложением.

[TRANSLATION - TRADUCTION]

TREATY BETWEEN THE THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF TURKMENISTAN CONCERNING THE ENCOURAGEMENT AND RECIPROCAL PROTECTION OF INVESTMENTS

The Federal Republic of Germany and Turkmenistan,
Desiring to intensify economic cooperation between the two Contracting States,
Endeavouring to create favourable conditions for investments by nationals or companies of one Contracting State in the territory of the other Contracting State,
Recognizing that the encouragement of such investments and their protection on the basis of a treaty will foster the development of private economic initiatives and improve the prosperity of both peoples,
Have agreed as follows:

Article 1

For the purposes of this Treaty

1. The term "investments" shall comprise all kinds of assets, in particular:
 - (a) Movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as mortgages, liens and pledges;
 - (b) Shares of companies and other kinds of company interests;
 - (c) Claims to money which has been used to create an economic value, or claims to any performance having an economic value;
 - (d) Intellectual property rights, in particular copyrights, patents, utility models, commercial designs and models, trade marks, trade names, trade and company secrets, technical processes, know-how and goodwill;
 - (e) Business concessions under public law, including prospecting and exploiting concessions;Any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classification as an investment;
2. The term "returns" shall mean the amounts yielded from an investment for a definite period, such as profits, dividends, interest, and licence or other fees;
3. The term "national" shall mean
 - (a) In reference to the Federal Republic of Germany: German, as defined by the Basic Law of the Federal Republic of Germany;
 - (b) In reference to Turkmenistan: a natural person who is a national of Turkmenistan in accordance with the law in force on the nationality of Turkmenistan;
4. The term "companies" shall mean

(a) In reference to the Federal Republic of Germany: juridical persons as well as commercial or other companies or associations with or without legal personality having their seat in the Federal Republic of Germany, irrespective of whether or not their activities are directed at profit;

(b) In reference to Turkmenistan: any juridical person or cooperative society or other company or association with legal personality which has been established in accordance with Turkmenistan's legislation and has its seat in the territory of Turkmenistan.

Article 2

1. Each Contracting State shall in its territory promote as far as possible investments by nationals or companies of the other Contracting State and admit such investments in accordance with its respective laws. It shall in every case accord investments fair and equitable treatment.

2. Neither Contracting State shall in any way impede the management, maintenance, use or enjoyment of investments in its territory by nationals or companies of the other Contracting State through arbitrary or discriminatory measures.

Article 3

1. Neither Contracting State shall treat investments in its territory owned by nationals or companies of the other Contracting State less favourably than it treats investments of its own nationals or companies, or investments of nationals or companies of any third State.

2. Neither Contracting State shall treat nationals or companies of the other Contracting State as regards their activity in connection with investments in its territory less favourably than it treats its own nationals or companies, or nationals or companies of any third State.

3. Such treatment shall not refer to privileges which either Contracting State accords to nationals or companies of third States on account of its membership of, or association with, a customs or economic union, a common market, or a free trade area.

4. The treatment granted under this article shall not refer to privileges granted by either Contracting State to nationals or companies of third States by virtue of a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

Article 4

1. Investments by nationals or companies of either Contracting State shall enjoy full protection and full security in the territory of the other Contracting State.

2. Investments by nationals or companies of either Contracting State shall not be expropriated, nationalized or subjected to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting State, except for the public benefit and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the expropriated investment immediately before the date on which the actual or impending expropriation, nationalization or comparable measure has become publicly known. The compensation shall be paid without delay and shall, until such

time as payment is made, earn interest at the normal rate of bank interest; it shall be effectively realizable and freely transferable. Appropriate precautions shall be taken to determine the amount of and procedure for payment of the compensation no later than the date on which the expropriation, nationalization or comparable measure is carried out. The legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

3. Nationals or companies of either Contracting State who suffer losses on their investments owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency, or revolt in the territory of the other Contracting State shall be accorded treatment no less favourable by such other Contracting State than that State accords to its own nationals or companies, as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

4. Nationals or companies of either Contracting State shall enjoy most favoured treatment in the territory of the other Contracting State in respect of the matters dealt with in this article.

Article 5

Each Contracting State shall guarantee the nationals or companies of the other Contracting State the free transfer of payments in connection with an investment, in particular

- (a) Of the capital and additional amounts which are necessary to maintain or increase the investment;
- (b) Of the returns;
- (c) In repayment of loans;
- (d) Of the proceeds from the liquidation or sale of the whole or any part of the investment;
- (e) Of the compensation provided for in article 4.

Article 6

If either Contracting State makes payments to any of its nationals or companies under a guarantee that it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting State, the latter Contracting State shall, without prejudice to the rights of the former Contracting State under article 10, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of all rights or claims from such national or company to the former Contracting State. The latter Contracting State shall further recognize the subrogation of the former Contracting State to all such rights or claims (assigned rights or claims), which the former Contracting State shall be entitled to exercise to the same extent as its legal predecessor. As regards the transfer of payments by virtue of such assigned claims, article 4, paragraphs 2 and 3, and article 5 shall apply *mutatis mutandis*.

Article 7

1. A transfer under article 4 paragraphs 2 or 3, or under article 5 or article 6 shall be made without delay at the exchange rate in effect on the day of the transfer.

2. Such exchange rate must correspond to the cross rate determined on the basis of the conversion rates underlying the International Monetary Fund's special drawing rates conversions for the currencies concerned on the day on which the transfers take place.

Article 8

1. If the legislation of either Contracting State or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting States in addition to this Treaty contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by nationals or companies of the other Contracting State to a treatment more favourable than is provided for by this Treaty, such regulation shall, to the extent that it is more favourable, prevail over this Treaty.

2. Each Contracting State shall observe any other obligation that it may have entered into with regard to investments in its territory by nationals or companies of the other Contracting State.

Article 9

This Treaty shall also apply to investments made by nationals or companies of either Contracting State in the territory of the other Contracting State, in accordance with the legislation of the latter, before the entry into force of this Treaty.

Article 10

1. Disputes between the Contracting States concerning the interpretation or application of this Treaty shall, if possible, be settled by the Governments of the two Contracting States.

2. If a dispute cannot be thus settled, it shall, upon request of either Contracting State, be submitted to an arbitral tribunal.

3. Such arbitral tribunal shall be constituted for each individual case as follows: each Contracting State shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the Governments of the two Contracting States. Such members shall be appointed within two months, and such chairman within three months, from the date on which either Contracting State has informed the other that it wishes to submit the dispute to an arbitral tribunal.

4. If the periods specified in paragraph 3 above have not been observed, either Contracting State may, in the absence of any other relevant agreement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting State, or if he is otherwise prevented from discharging such function, the Vice-President shall make the necessary appointments. If the Vice-President

is also a national of either Contracting State or if he, too, is prevented from discharging the said function, the next highest ranking member of the International Court of Justice who is not a national of either Contracting State shall make the necessary appointments.

5. The arbitral tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding. Each Contracting State shall bear the cost of its own member and of its counsel in the arbitral proceedings; the cost of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by both Contracting States. The arbitral tribunal may make a different arrangement concerning costs. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

6. If both Contracting States are also Contracting States to the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States, the arbitral tribunal provided for above may in consideration of the provisions of article 27, paragraph 1, of the said Convention not be appealed to insofar as agreement has been reached between the national or company of one Contracting State and the other Contracting State, under article 25 of the Convention. This shall not affect the possibility of appealing to such arbitral tribunal in the event that a decision of the arbitral tribunal established under the said Convention is not complied with (article 27) or in the case of an assignment under a law or pursuant to a legal transaction as provided for in article 6 of the present Treaty.

Article 11

1. Disputes with regard to investments between either Contracting State and a national or company of the other Contracting State shall, as far as possible, be settled amicably between the parties to the dispute.

2. If a dispute cannot be settled within six months after it has been raised by one of the parties to the dispute, the dispute shall, at the request of a national or company of the other Contracting State, be subjected to arbitral proceedings. If the parties to the dispute do not make a different arrangement, the dispute shall be subjected to arbitral proceedings under the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States.

3. The arbitral award shall be binding and shall not be subject to any legal appeal or other legal remedy other than those provided for in the said Convention. It shall be enforced in accordance with national legislation.

4. Neither Contracting State that is a party to the dispute shall raise the objection during arbitral proceedings or during the enforcement of an arbitral award that the national or company of the other Contracting State has received compensation under an insurance policy for part or all of the damage.

Article 12

This Treaty shall apply irrespective of whether or not diplomatic or consular relations exist between the two Contracting States.

Article 13

The attached protocol shall be an integral part of this Treaty.

Article 14

1. This Treaty shall be ratified, the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

2. This Treaty shall enter into force one month from the date of the exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of 10 years and shall be extended thereafter for an unlimited period unless denounced in writing by either Contracting State 12 months before its expiration. After the expiry of the period of 10 years, this Treaty may be denounced at any time giving 12 months notice.

3. In respect of investments made prior to the date of termination of this Treaty, articles 1-13 shall continue to be effective for a further period of 15 years from the date of termination of this Treaty.

Done at Bonn on 28 August 1997, in duplicate, in the German, Turkmen and Russian languages, each text being equally authentic. In case of any divergence of interpretation between the German and Turkmen texts, the Russian text shall prevail.

For the Federal Republic of Germany:

For Turkmenistan:

PROTOCOL TO THE TREATY BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND TURKMENISTAN CONCERNING THE ENCOURAGEMENT AND RECIPROCAL PROTECTION OF INVESTMENTS

On signing the Treaty between the Federal Republic of Germany and Turkmenistan concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, the duly authorized plenipotentiaries for this purpose have reached agreement in addition on the following provisions, which shall be regarded as an integral part of the said Treaty.

(1) Ad article 1

(a) Returns from the investment and, in the event of their reinvestment, also the returns therefrom, shall enjoy the same protection as the investment.

(b) Irrespective of other procedures undertaken to establish nationality, a national of a Contracting State shall be defined in particular by the possession of a passport issued by the competent authorities of such Contracting State.

(2) Ad article 2

(a) Investments made in accordance with the legislation of either Contracting State in its territory by nationals or companies of the other Contracting State shall enjoy the full protection of the Treaty.

(b) The Treaty shall also apply in the territories of the exclusive economic zone and the continental shelf, insofar as international law permits the Contracting State concerned to exercise sovereign rights or powers in such territories.

(3) Ad article 3

(a) The term "activity" within the meaning of article 3, paragraph 2, shall refer in particular, but not exclusively, to the management, maintenance, use and enjoyment of an investment. The following shall, in particular, be deemed "treatment less favourable" within the meaning of article 3: different treatment restricting the purchase of raw or auxiliary materials, of energy or fuel or of means of production or operation of any kind, different treatment impeding the marketing of products in domestic or foreign markets, as well as any other measures having similar effects. Measures that have to be taken for reasons of public security and order, or for the protection of life and health or public morality, shall not be deemed "treatment less favourable" within the meaning of article 3.

(b) The provisions of article 3 do not oblige a Contracting State to extend to natural persons or companies resident in the territory of the other Contracting State tax privileges, tax exemptions and tax reductions which according to its tax laws are granted only to natural persons and companies resident in its territory.

(c) The Contracting States shall, within the framework of their national legislation, give favourable consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting State who wish to enter the territory of the other Contracting State in connection with an investment; the same shall apply to employees of either Contracting State who, in connection with an investment, wish to enter the territory of the other Contracting State and remain there in order to take up employment. Applications for work permits shall also be given favourable consideration.

(4) Ad article 4

A claim for compensation also arises in the event that the company that is the object of the investment is subject to State intervention and its economic value is thereby significantly impaired.

(5) Ad article 7

A transfer shall be deemed to have been made "without delay" within the meaning of article 7, paragraph 1, if effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which a request has been submitted, in full and in due form, and may on no account exceed two months.

(6) Whenever goods or persons connected with the investment are to be transported, one Contracting State shall neither exclude nor hinder transport enterprises of the other Contracting State and shall issue permits as required to carry out such transport. This shall relate to the transport of:

(a) Goods that are directly intended for investment within the meaning of this Treaty or those which in the territory of a Contracting State or any third State are purchased or ordered by a company in which assets are invested within the meaning of this Treaty.

(b) Persons travelling in connection with an investment.

[TRANSLATION - TRADUCTION]

TRAITÉ ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DU TURKMÉNISTAN
RELATIF À L'ENCOURAGEMENT ET À LA PROTECTION MUTUELLE
DES INVESTISSEMENTS

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement du Turkménistan,

Désireux d'intensifier la coopération économique entre les deux États contractants,

S'efforçant de créer des conditions favorables aux investissements de ressortissants ou de sociétés d'un État contractant sur le territoire de l'autre État contractant,

Reconnaissant que l'encouragement de ces investissements et leur protection au moyen d'un traité stimuleront les initiatives économiques privées et amélioreront le bien-être des deux peuples,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

Aux fins du présent Traité,

1. Le terme "investissements " désigne les actifs de toute nature, en particulier :

a) Les biens mobiliers et immobiliers ainsi que tous autres droits réels tels que les hypothèques, les gages et les nantissements;

b) Les parts de sociétés et autres formes de participation à des sociétés;

c) Les créances portant sur des sommes d'argent ayant servi à créer une valeur économique ou sur des prestations ayant une valeur économique;

d) Les droits de propriété intellectuelle, en particulier les droits d'auteur, brevets, modèles d'utilité, dessins et modèles industriels, marques, dénominations commerciales, secrets commerciaux et secrets d'affaires, procédés techniques, savoir-faire et clientèle;

e) Les concessions commerciales de droit public, y compris les concessions de prospection et d'exploitation.

Les modifications de la forme de l'investissement n'affectent pas leur qualité d'investissement.

2. Le terme "revenus " désigne les sommes rapportées par un investissement pendant une période déterminée, notamment les bénéfices, dividendes, intérêts, redevances et autres formes de rémunération.

3. Le terme "ressortissant " désigne :

a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne : les Allemands, tels qu'ils sont définis dans la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne;

b) En ce qui concerne le Turkménistan : une personne physique qui est un ressortissant du Turkménistan conformément à la législation relative à la nationalité en vigueur au Turkménistan.

4. Le terme "société " désigne :

a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne : les personnes morales ainsi que les sociétés commerciales ou autres ou les associations dotées ou non de la personnalité juridique dont le siège est situé en République fédérale d'Allemagne, que leurs activités soient lucratives ou non;

b) En ce qui concerne le Turkménistan : une personne morale ou une société coopérative ou autre société ou association dotée de la personnalité juridique qui a été établie conformément à la législation du Turkménistan et dont le siège est situé sur le territoire du Turkménistan.

Article 2

1. Chacun des États contractants encourage dans la mesure du possible les investissements sur son territoire des ressortissants ou sociétés de l'autre État contractant et les autorise conformément à sa législation. Il les traite dans tous les cas de manière juste et équitable.

2. Aucun des États contractants n'entrave d'une quelconque manière, par des mesures arbitraires ou discriminatoires, l'administration, l'entretien, l'utilisation ou la jouissance d'investissements, sur son territoire, de ressortissants ou de sociétés de l'autre État contractant.

Article 3

1. Aucun des États contractants ne soumettra sur son territoire les investissements de ressortissants ou de sociétés de l'autre État contractant à un traitement moins favorable que celui auquel il soumet les investissements de ses propres ressortissants ou sociétés ou ceux de ressortissants ou de sociétés de tout État tiers.

2. Le traitement réservé par chaque État contractant aux ressortissants ou aux sociétés de l'autre État contractant, en ce qui concerne les activités menées en rapport avec les investissements réalisés sur son territoire, n'est pas moins favorable que celui qu'il réserve à ses propres ressortissants ou sociétés ou à ceux d'un État tiers.

3. Ce traitement ne s'applique pas aux privilèges qu'un État contractant accorde aux ressortissants ou aux sociétés d'États tiers, en vertu de sa participation à une union douanière ou économique, à un marché commun ou à une zone de libre échange.

4. Le traitement prévu dans le présent article ne vise pas les avantages qu'un État contractant accorde aux ressortissants ou aux sociétés d'États tiers en vertu d'un accord visant à éviter la double imposition ou d'autres accords fiscaux.

Article 4

1. Les investissements des ressortissants ou sociétés de l'un des États contractants bénéficient d'une entière protection et d'une entière sécurité sur le territoire de l'autre État contractant.

2. Les investissements des ressortissants ou sociétés de l'un des États contractants ne peuvent, sur le territoire de l'autre État contractant être expropriés, nationalisés ou soumis à d'autres mesures ayant des effets équivalents à l'expropriation ou à la nationalisation, si ce n'est dans l'intérêt public et moyennant indemnisation. L'indemnité doit correspondre à la valeur que l'investissement exproprié possédait immédiatement avant la date à laquelle l'expropriation, la nationalisation ou la mesure analogue effective ou imminente a été rendue publique. Elle est versée sans retard et porte, jusqu'à la date du paiement, un intérêt conforme au taux bancaire normal; elle doit être effectivement réalisable et librement transférable. Des mesures appropriées sont prises pour déterminer le montant et la procédure de paiement de l'indemnité au plus tard à la date à laquelle l'expropriation, la nationalisation ou une mesure analogue est exécutée. La légalité de l'expropriation, de la nationalisation ou de la mesure analogue et le montant de l'indemnité doivent pouvoir être vérifiés au cours d'une procédure judiciaire normale.

3. Les ressortissants ou sociétés de l'un des États contractants dont les investissements sur le territoire de l'autre État contractant subissent des pertes du fait d'une guerre ou autre conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence national ou d'une insurrection se voient réserver par cette autre Partie contractante un traitement non moins favorable que celui qu'elle réserve à ses propres ressortissants ou sociétés, s'agissant de restitution, de dédommagement, d'indemnisation ou autre contrepartie. Ces paiements sont librement transférables.

4. Les ressortissants ou sociétés de chacun des États contractants bénéficient sur le territoire de l'autre du traitement de la nation la plus favorisée pour tout ce qui touche aux questions visées dans le présent article.

Article 5

Chacun des États contractants garantit aux ressortissants ou sociétés de l'autre État contractant le libre transfert des paiements liés aux investissements, et notamment,

- a) Du capital et des sommes supplémentaires nécessaires à l'entretien ou à l'extension de l'investissement;
- b) Des revenus;
- c) Des remboursements de prêts;
- d) Du produit de la liquidation ou de la vente totales ou partielles de l'investissement;
- e) De l'indemnité prévue à l'article 4.

Article 6

Si l'un des États contractants effectue, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre État contractant, des versements à des ressortissants ou sociétés, cet autre État contractant reconnaît, sans préjudice des droits du premier État contractant visés à l'article 10, la cession au premier État contractant, par l'effet d'une loi ou d'un acte judiciaire, de tout droit ou prétention de ces ressortissants ou sociétés. L'autre État contractant reconnaît en outre la subrogation du premier État contractant à tous les droits ou prétentions en question (droits et prétentions désignés) que le premier État contractant est habilité à exercer dans la même mesure que son prédécesseur en titre. Les paragraphes 2 et 3 de l'article 4 et l'article 5 s'appliquent par analogie au transfert des paiements à effectuer au titre de la subrogation.

Article 7

1. Les transferts visés aux paragraphes 2 ou 3 de l'article 4, ou des articles 5 ou 6 ont lieu sans retard au taux de change en vigueur à la date du transfert.

2. Ce taux correspond au taux croisé résultant des taux de change que le Fonds monétaire international appliquerait, à la date du paiement à la conversion des monnaies visées en droits de tirage spéciaux.

Article 8

1. Si, en vertu de la législation de l'un des États contractants ou d'obligations de droit international qui existent ou viendraient à exister entre les États contractants en sus du présent Traité, une disposition générale ou particulière stipule d'accorder aux investissements réalisés par les ressortissants ou sociétés de l'autre État contractant un traitement plus favorable que ne le prévoit le présent Traité, ladite disposition prévaut sur le présent Traité si elle est plus favorable.

2. Chacun des États contractants respectera toute autre obligation qu'il aura contractée en ce qui concerne les investissements réalisés sur son territoire par des ressortissants ou sociétés de l'autre État contractant.

Article 9

Le présent Traité s'applique également aux investissements déjà réalisés avant son entrée en vigueur par des ressortissants ou sociétés de l'un des États contractants sur le territoire de l'autre État contractant conformément à la législation de celui-ci.

Article 10

1. Les différends entre les États contractants relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Traité sont, dans la mesure du possible, réglés par les gouvernements des deux États contractants.

2. Si un différend ne peut être réglé de la sorte, il est soumis à un tribunal arbitral sur demande de l'un des États contractants.

3. Le tribunal arbitral est composé cas par cas de la manière suivante : chacun des États contractants nomme un membre, et les deux membres désignent d'un commun accord un ressortissant d'un État tiers comme Président, qui est nommé par les gouvernements des deux États contractants. Les membres sont nommés dans les deux mois, et le Président dans les trois mois suivant la date à laquelle l'un des États contractants a fait connaître à l'autre son intention de soumettre le différend à un tribunal arbitral.

4. Si les délais prescrits au paragraphe 3 ne sont pas respectés, chacun des États contractants peut, faute d'un autre arrangement, prier le Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Si le Président est un ressortissant de l'un des États contractants ou s'il est empêché pour une autre raison de remplir cette fonction, les nominations sont faites par le Vice-Président. Si le Vice-Président est aussi un ressortissant de l'un des États contractants ou s'il est aussi empêché de remplir cette fonction, les nominations incombent au membre de la Cour qui suit dans la hiérarchie et n'a pas la nationalité de l'un des États contractants.

5. Le tribunal arbitral se prononce à la majorité. Ses décisions ont force obligatoire. Les États contractants supportent chacun les frais de leur représentant et de leur arbitre à la procédure arbitrale; les frais du Président et les autres frais sont répartis à égalité entre les États contractants. Le tribunal arbitral peut convenir d'un autre mode de répartition des frais. Pour le reste, il arrête lui-même sa procédure.

6. Si les deux États contractants sont également parties à la Convention du 18 mars 1965 pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre États et ressortissants d'autres États, le tribunal arbitral susmentionné peut, compte tenu des dispositions du paragraphe 1 de l'article 27 de ladite Convention, ne pas être convoqué dans la mesure où est intervenu entre le ressortissant ou la société d'un État contractant et l'autre État contractant un arrangement au titre de l'article 25 de la Convention. Les dispositions qui précèdent n'empêchent toutefois pas de faire appel à un tel tribunal lorsqu'une décision du tribunal arbitral visé à l'article 27 de ladite Convention n'est pas respectée, ou encore dans le cas d'une cession résultant d'une loi ou d'une transaction légale visée à l'article 6 du présent Traité.

Article 11

1. Les différends qui pourraient surgir au sujet d'un investissement entre un État contractant et un ressortissant ou une société de l'autre État contractant sont dans la mesure du possible réglés à l'amiable entre les parties au litige.

2. Si un différend ne peut être réglé dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle il a été soulevé par l'une des parties au litige, il est soumis à une procédure arbitrale sur demande du ressortissant ou de la société de l'autre État contractant. Si les parties au litige n'en sont pas convenues autrement, le différend est soumis à la procédure arbitrale en vertu de la Convention du 18 mars 1965 pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre États et ressortissants d'autres États.

3. La sentence arbitrale est exécutoire et n'est soumise à aucun appel juridique ou autre recours que ceux prévus dans ladite Convention. Elle est exécutée conformément au droit intérieur.

4. Aucun des États contractants partie au différend ne fera valoir, au cours d'une procédure arbitrale ou de l'exécution d'une sentence arbitrale, le fait que le ressortissant ou la société de l'autre État contractant a reçu au titre d'une assurance une indemnisation pour une partie ou pour la totalité du dommage.

Article 12

Le présent Traité reste en vigueur, qu'il existe ou non des relations diplomatiques entre les deux États contractants.

Article 13

Le protocole attaché doit faire partie intégrante du présent Traité.

Article 14

1. Le présent Traité est soumis à ratification; les instruments de ratification seront échangés dès que possible.

2. Le présent Traité entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification. Il restera en vigueur pendant 10 ans et, à l'expiration de ce délai, il sera prorogé d'une durée indéterminée, sauf si l'un des États contractants le dénonce par écrit moyennant un préavis donné par écrit 12 mois avant son expiration. À l'issue du délai de 10 ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment, moyennant un préavis de 12 mois.

3. En ce qui concerne les investissements réalisés avant la date d'expiration du présent Traité, les articles 1 à 13 s'appliqueront encore pendant une nouvelle période de 15 ans à compter de cette date.

Fait à Bonn le 28 août 1997, en double exemplaire en langues allemande, turkmène et russe, tous les textes faisant également foi. En cas de divergence d'interprétation entre les textes allemand et turkmène, le texte russe prévaudra.

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne :

Pour le Gouvernement du Turkménistan :

PROTOCOLE AU TRAITÉ ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE
FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DU TURKMÉNISTAN
RELATIF À LA PROMOTION ET À LA PROTECTION MUTUELLE DES INVES-
TISSEMENTS

À la signature du Traité entre la République fédérale d'Allemagne et le Turkménistan relatif à la promotion et à la protection mutuelle des investissements, les plénipotentiaires dûment autorisés à cette fin sont en outre convenus des dispositions ci-après, qui font partie intégrante du Traité.

I. En ce qui concerne l'article premier

a) Les revenus de l'investissement et les revenus de ceux-ci, s'ils sont réinvestis, bénéficient de la même protection que l'investissement;

b) Est considérée comme ressortissante de l'un des États contractants toute personne possédant un passeport national délivré par les autorités compétentes dudit État contractant, sans préjudice des autres procédures visant à déterminer la nationalité.

2. En ce qui concerne l'article 2

a) Les investissements effectués conformément à la législation de l'un ou l'autre État contractant sur son territoire par des ressortissants ou des sociétés de l'autre État contractant bénéficient de l'entière protection du présent Traité;

b) Le présent Traité s'applique aux territoires de la zone économique exclusive et du plateau continental, dans la mesure où le droit international autorise l'État contractant concerné à exercer des droits souverains ou une juridiction sur ces territoires.

3. En ce qui concerne l'article 3

a) Sont notamment mais non exclusivement considérés comme "activités " au sens du paragraphe 2 de l'article 3, l'administration, l'entretien, l'utilisation et la jouissance d'un investissement. Sont considérés, en particulier, comme "traitement moins favorable " au sens de l'article 3, les différents traitements restreignant l'acquisition de matières premières et de matières auxiliaires, d'électricité ou de combustible, ou de moyens de production et d'exploitation de toute nature, différents traitements qui font obstacle à la commercialisation de produits sur les marchés intérieur et étranger, ainsi que toutes autres mesures d'effet analogue. Ne sont pas considérées comme "traitement moins favorable " au sens de l'article 3, les mesures qui doivent être prises pour des raisons de sécurité publique et d'ordre public, de protection de la vie, de la santé ou des m urs;

b) Les dispositions de l'article 3 n'obligent pas un État contractant à étendre aux personnes physiques et aux sociétés résidant sur le territoire de l'autre État contractant les avantages, exemptions et réductions fiscaux qu'elle n'accorde, conformément à sa législation fiscale, qu'aux personnes physiques et aux sociétés résidant sur son territoire;

c) Dans les limites de leurs législations respectives, les États contractants examinent avec bienveillance les demandes d'entrée et de séjour introduites par des personnes d'un des États contractants qui souhaitent entrer sur le territoire de l'autre État contractant en lien direct avec un investissement; il en est de même pour les salariés de l'un des États contractants qui souhaitent, en lien direct avec un investissement, entrer sur le territoire de l'autre État

contractant et y séjourner pour y exercer une activité salariée. Les demandes de permis de travail sont également examinées avec bienveillance.

4. En ce qui concerne l'article 4

Un droit à l'indemnisation existe également lorsqu'il y a intervention de l'État dans l'entreprise qui est l'objet de l'investissement et que la valeur économique de celle-ci s'en trouve considérablement diminuée.

5. En ce qui concerne l'article 7

Est réputé effectué "sans retard" au sens du paragraphe 1 de l'article 7 un transfert effectué dans le délai normalement nécessaire pour l'accomplissement des formalités de transfert. Ce délai court à partir de la date à laquelle la demande est introduite en bonne et due forme et ne peut en aucun cas être supérieur à deux mois.

6. Pour tout transfert de biens et de personnes effectué au titre d'un investissement, chacun des États contractants s'abstient d'exclure ou d'entraver la participation des entreprises de transport de l'autre État contractant et délivre les autorisations nécessaires à l'exécution dudit transport. L'expression "biens et personnes à transporter" s'entend :

a) Des biens liés directement à l'investissement au sens du présent Traité ou acquis ou commandés sur le territoire de l'un des États contractants ou de tout État tiers par une entreprise dans laquelle sont investis des actifs au sens du présent Traité;

b) Des personnes qui se déplacent au titre d'un investissement.

